

Eigentümerinitiative Bahnhofsviertel

Fragen zur Kommunalwahl 2026

Antworten CDU

Sicherheit

1. Erhöhte Präsenz der Sicherheitskräfte

Sind Sie bereit, sich für eine deutliche, sichtbare und dauerhafte Erhöhung der Präsenz von Landespolizei, Stadtpolizei und weiteren Sicherheitskräften im Bahnhofsviertel und am Hauptbahnhof einzusetzen, um Straftaten zu verhindern und das Sicherheitsgefühl spürbar zu stärken?

Die CDU setzt sich für eine deutliche Stärkung der sichtbaren Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum, insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten wie dem Bahnhofsviertel ein. Es sollen 75 neue Stellen bei der Stadtpolizei geschaffen werden (Aufstockung um 50 %). Sicherheit ist Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, Lebensqualität und Investitionen.

2. Polizeiwache/Sicherheitsstation im Viertel

Werden Sie die Einrichtung und Verstetigung einer zentral gelegenen Polizeiwache bzw. Sicherheitsstation im Bahnhofsviertel unterstützen, die als klar sichtbarer Ankerpunkt der Ordnungskräfte dient?

Als CDU unterstützen wir einen dauerhaft sichtbaren Anlaufpunkt der Sicherheitskräfte im Viertel: Es braucht sichtbare und kontinuierliche polizeiliche Kontrolle in einem zunehmend belasteten innerstädtischen Bereich, kurze Reaktionszeiten bei Vorfällen, unmittelbare Eingriffsmöglichkeiten, nachhaltige Stabilisierung von Ordnung und Sicherheit, einen dauerhaft erreichbaren Anlaufpunkt für Menschen, die Hilfe benötigen oder Beobachtungen melden wollen. Die Errichtung einer Stadtpolizeiwache ist damit ein notwendiger und verhältnismäßiger Schritt, um einer erkennbaren Verschlechterung der Sicherheitslage wirksam entgegenzutreten und den öffentlichen Raum wieder verlässlich zu sichern.

Ausbau Videoschutzanlagen

Setzen Sie sich für einen flächendeckenden Ausbau von Videoschutzeinrichtungen an allen neuralgischen Punkten im Bahnhofsviertel und am Bahnhof ein, einschließlich der dafür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen?

Die CDU spricht sich für die Ausweitung der Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten aus. Videoschutzanlagen sind wesentlicher Bestandteil einer modernen Sicherheitsarchitektur. Sie dienen unter anderem der Prävention, der Aufklärung von Straftaten und Beweissicherung. Gleichzeitig ermöglichen sie eine schnelle und umfassende Lageeinschätzung. Videoschutzanlagen haben sich an vielen Stellen als wirksames Mittel erwiesen: Sie stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und ermöglicht der Polizei ein wirksames Handeln gegen Straftäter.

Sauberkeit

3. Reinigung und Müllabfuhr

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Reinigungs- und Müllabfuhrleistungen im öffentlichen Raum des Bahnhofsviertels in Häufigkeit und Qualität so verbessert werden, dass Verwahrlosung und Vermüllung sichtbar und dauerhaft reduziert werden?

Konsequente Maßnahmen für Sauberkeit und Ordnung, Reinigungsintervalle, Durchsetzung bestehender Regelungen und ordnungsrechtliche Maßnahmen müssen verstärkt werden, das sind zentrale Forderungen der CDU.

4. Zusätzliche Sanitäranlagen

Unterstützen Sie die Bereitstellung und dauerhafte Finanzierung zusätzlicher

Sanitäranlagen an markanten Punkten im Bahnhofsviertel, um sowohl die Situation für Hilfsbedürftige als auch die Sauberkeit im öffentlichen Raum zu verbessern?

Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur gehört nach der Überzeugung der CDU zu einem geordneten Quartier. Zusätzliche, dauerhaft betriebene Sanitäranlagen verbessern nachweisbar Sauberkeit und Würde im öffentlichen Raum.

Sozial & Drogenpolitik

5. Ausbau Streetwork & Sozialarbeit

Werden Sie sich für einen weiteren Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit und Streetwork-Strukturen im Bahnhofsviertel einsetzen, inklusive weiter verbesserter Verzahnung mit Gesundheitsdiensten und niedrigschwelligen Hilfsangeboten?

Die Verstetigung und der Ausbau der Angebote müssen mit klarer Zielorientierung erfolgen. Die CDU steht zum „Frankfurter Weg“, fordert aber eine stärkere Verzahnung von Streetwork, Gesundheitsdiensten und verbindlichen Ausstiegsperspektiven. Hilfe muss wirksam sein und darf Probleme nicht verfestigen.

6. Offenen Drogenkonsum eindämmen

Befürworten Sie ein konsequentes Vorgehen von Polizei und Ordnungsamt gegen offenen Drogenkonsum und Szenebildung auf Straßen und Plätzen im Bahnhofsviertel, und des gesamten Stadt - verbunden mit klaren und kontrollierten Leitlinien, wo welche Formen von Konsum und Hilfsangeboten zulässig sein sollen?

Offener Konsum und dauerhafte Szenebildung im öffentlichen Raum sind aus Sicht der CDU nicht hinnehmbar. Polizei und Ordnungsamt müssen konsequent handeln, bei klar definierten Rahmenbedingungen für Hilfsangebote.

7. Spezialisiertes Suchthilfezentrum

Unterstützen Sie grundsätzlich den Aufbau bzw. Betrieb eines spezialisierten

Suchthilfezentrums für in Frankfurt gemeldete Suchtkranke, sofern Standort, Umfeldwirkungen und rechtliche Rahmenbedingungen sorgfältig geprüft und der Standort nach einem definierten Zeitraum evaluiert werden?

Grundsätzlich unterstützt die CDU den Aufbau bzw. Betrieb eines spezialisierten Suchthilfezentrums, allerdings unter klaren Voraussetzungen: Gesundheit und Hygiene müssen klar im Vordergrund stehen, die primäre Ermöglichung des Konsums darf es nicht sein. Standortwahl, Umfeldwirkungen und rechtliche Rahmenbedingungen müssen geprüft und der Betrieb evaluiert werden. Es ist ein Zentrum zu schaffen, das ausstiegsorientiert Drogenkranken hilft und die Chance auf ein neues Leben bietet. Die Sicherheit im Quartier darf nicht beeinträchtigt werden.

8. Weiterentwicklung „Frankfurter Weg“

Werden Sie sich für eine konzeptionelle und pragmatische Weiterentwicklung des „Frankfurter Wegs“ einsetzen, mit dem Ziel, Sicherheit im Quartier und wirksame Hilfe einschließlich realistischer Ausstiegsszenarien für Suchtkranke besser auszubalancieren?

Die CDU bekennt sich zur Weiterentwicklung des „Frankfurter Wegs“, allerdings mit stärkerem Fokus auf Ausstiegsperspektiven und Ordnung im öffentlichen Raum. Ziel ist, eine bessere Balance zwischen Hilfe und Sicherheit herzustellen.

Stadtbild, Baukultur & Nutzung

9. Aufwertung Kaisertor & Kaiserstraße

Werden Sie die städtebauliche Aufwertung des Quartiers – insbesondere die kurzfristige bauliche Ertüchtigung und attraktive Gestaltung von Kaisertor und oberer Kaiserstraße als prägnantes „Tor zur Stadt“ – mit konkreten Projekten und Budgets unterstützen?

Frankfurts historische Plätze und Denkmäler sind Ausdruck unserer Geschichte, Kultur und Identität. Die CDU setzt sich für deren Erhalt und Pflege ein, auch mit Blick auf den Tourismus und die Besucher unserer Stadt.

10. Baukultur & Außengastronomie

Sind Sie bereit, Maßnahmen zur optischen und qualitativen Verbesserung der Möblierung der Außengastronomie sowie denkmalschutzgerechte Regelungen für Außenwerbung an den Fassaden der Kaiserstraße mitzutragen, um die Einzigartigkeit des historischen Prachtboulevards zu unterstreichen und die Eingangssituation zur Stadt auch optisch zu verbessern?

Die CDU setzt sich für einen attraktiven und lebendigen öffentlichen Raum ein, in dem sich Menschen sicher und gern aufhalten. Dazu gehören attraktive Straßen, Plätze und eine klare Ordnung, die Aufenthaltsqualität für Gewerbe, Gastronomie und Besucher verbessert. Genehmigungsverfahren für die Nutzung von öffentlichem Raum sollten unbürokratisch und transparent sein, um beispielsweise Außengastronomie zu erleichtern, ohne Anwohnerrechte oder städtebauliche Qualität zu gefährden. Sicherheit, Sauberkeit und gute Gestaltung sind dabei Leitprinzipien. Die tollen Fassaden wollen wir erhalten.

Steuerung & Governance

11. Stabsstelle beim Oberbürgermeister

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verantwortung für Sicherheit, Sauberkeit und soziale Steuerung im Bahnhofsviertel in einer Stabsstelle direkt beim Oberbürgermeister gebündelt wird („Chefsache“), unter Einbindung von Wirtschaft, Eigentümern und Zivilgesellschaft?

Die CDU steht für klare Verantwortlichkeiten und effizientere Verwaltungsstrukturen. Eine gebündelte Koordination für Sicherheit, Sauberkeit und soziale Steuerung entspricht diesem Ansatz.

12. Masterplan & Monitoring

Unterstützen Sie die Erarbeitung und Umsetzung eines verbindlichen „Masterplans Bahnhofsviertel“ mit klaren Zielen, messbaren Ergebnissen und einer laufenden Ergebniskontrolle durch einen kontinuierlichen, ergebnisorientierten Austausch zwischen Stadt, Land, IHK, Eigentümerinitiative, Sozialträgern und weiteren Akteuren?

Die CDU Frankfurt spricht sich dafür aus, Maßnahmen im öffentlichen Raum, Sicherheit und Ordnung ergebnisorientiert zu steuern. Anstelle eines reinen „Papierplans“ setzt sie auf klare Zielvorgaben, regelmäßige Evaluierung und verbindliche Wirksamkeitskontrollen. Diese Prinzipien entsprechen einem Masterplan mit Monitoring: Ziele werden definiert, Erfolge überprüft und Anpassungen vorgenommen, um politisches Handeln messbar und verantwortbar zu machen.

AFD

1.: Erhöhte Präsenz der Sicherheitskräfte

Sind Sie bereit, sich für eine deutliche, sichtbare und dauerhafte Erhöhung der Präsenz von Landespolizei, Stadtpolizei und weiteren Sicherheitskräften im Bahnhofsviertel und am Hauptbahnhof einzusetzen, um Straftaten zu verhindern und das Sicherheitsgefühl spürbar zu stärken?

Ja. Solange sich die Verhältnisse im Bahnhofsviertel nicht signifikant verbessert haben ist eine Erhöhung der Präsenz von Sicherheitskräften unerlässlich.

2.: Polizeiwache/Sicherheitsstation im Viertel

Werden Sie die Einrichtung und Verstetigung einer zentral gelegenen Polizeiwache bzw. Sicherheitsstation im Bahnhofsviertel unterstützen, die als klar sichtbarer Ankerpunkt der Ordnungskräfte dient?

Das zuständige 4. Polizeirevier befindet sich mit der Liegenschaft in der Gutleutstraße in unmittelbarer Nähe. Wir würden jedoch die Implementierung einer „Sicherheitsstation“ begrüßen, wenn dadurch eine dauerhafte Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit uniformierter Polizeikräfte an einem zentralen „Ankerpunkt“ im Zentrum des Bahnhofsviertels erreicht werden könnte. Zuständig ist hier allerdings die Landespolizei und mithin das Land Hessen.

3.: Ausbau Videoschutzanlagen

Setzen Sie sich für einen flächendeckenden Ausbau von Videoschutzeinrichtungen an allen neuralgischen Punkten im Bahnhofsviertel und am Bahnhof ein, einschließlich der dafür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen?

Grundsätzlich kann Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten sinnvoll sein, so auch hier. Allerdings kann dies auch zu einer Verlagerung der Kriminalität in nichtüberwachte Bereiche führen. Letztendlich würden wir uns hier auf das Urteil der Sicherheitsbehörden verlassen, auch weil Videoschutzeinrichtungen rund um die Uhr personell besetzt sein müssen; andernfalls würden sie zumindest ihre präventive Wirkung nicht entfalten können.

4.: Reinigung und Müllabfuhr

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Reinigungs- und Müllabfuhrleistungen im öffentlichen Raum des Bahnhofsviertels in Häufigkeit und Qualität so verbessert werden, dass Verwahrlosung und Vermüllung sichtbar und dauerhaft reduziert werden?

Ja, allerdings handelt es sich hierbei nur um Symptombekämpfung. Mittel- bis Langfristig müssen vor Allem die Gegebenheiten, welche die Verwahrlosung verursachen, angegangen werden.

5.: Zusätzliche Sanitäranlagen

Unterstützen Sie die Bereitstellung und dauerhafte Finanzierung zusätzlicher Sanitäranlagen an markanten Punkten im Bahnhofsviertel, um sowohl die Situation für Hilfsbedürftige als auch die Sauberkeit im öffentlichen Raum zu verbessern?

Ja, gleichzeitig muss aber sichergestellt werden, dass diese Sanitäreinrichtungen nicht für Drogenkonsum und Straftaten missbraucht werden. Es muss also auch ein entsprechendes Überwachungskonzept implementiert werden.

6.: Ausbau Streetwork & Sozialarbeit

Werden Sie sich für einen weiteren Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit und Streetwork-Strukturen im Bahnhofsviertel einsetzen, inklusive weiter verbesserter Verzahnung mit Gesundheitsdiensten und niedrigschwelligen Hilfsangeboten?

Aus unserer Sicht ist nicht der Mangel an Sozialarbeitern ursächlich für die Probleme im Bahnhofsviertel, sondern vor allem die Zentralisierung der Drogenszene der ganzen Stadt an einem Ort. Dies ist sogar noch zu kurz gegriffen, denn es ist hinreichend bekannt, dass die meisten Drogenabhängigen im Bahnhofsviertel nicht einmal aus Frankfurt stammen, sondern aus ganz Hessen und sogar aus anderen Bundesländern.

7.: Offenen Drogenkonsum eindämmen

Befürworten Sie ein konsequentes Vorgehen von Polizei und Ordnungsamt gegen offenen Drogenkonsum und Szenebildung auf Straßen und Plätzen im Bahnhofsviertel, und des gesamten Stadt - verbunden mit klaren und kontrollierten Leitlinien, wo welche Formen von Konsum und Hilfsangeboten zulässig sein sollen?

Ja, dies halten wir für sinnvoll

8.: Spezialisiertes Suchtzentrum

Unterstützen Sie grundsätzlich den Aufbau bzw. Betrieb eines spezialisierten Suchtzenters für in Frankfurt gemeldete Suchtkranke, sofern Standort, Umfeldwirkungen und rechtliche Rahmenbedingungen sorgfältig geprüft und der Standort nach einem definierten Zeitraum evaluiert werden?

Nein. Wie in der Antwort auf Frage 6 bereits dargelegt halten wir eine Dezentralisierung der Hilfsangebote für sinnvoll, ein spezialisiertes Zentrum im Bahnhofsviertel würde diesem Ziel entgegenwirken.

9.: Weiterentwicklung „Frankfurter Weg“

Werden Sie sich für eine konzeptionelle und pragmatische Weiterentwicklung des „Frankfurter Wegs“ einsetzen, mit dem Ziel, Sicherheit im Quartier und wirksame Hilfe einschließlich realistischer Ausstiegsszenarien für Suchtkranke besser auszubalancieren?

Ja, da wir der Auffassung sind, dass jede Suchthilfe vor allem auf erfolgreichen Ausstieg aus der Sucht abzielen sollte. Die Frankfurter Angebote müssen daraufhin abzielen, und deren Ausrichtung muss entsprechend aktualisiert werden.

10.: Aufwertung Kaisertor & Kaiserstraße

Werden Sie die städtebauliche Aufwertung des Quartiers – insbesondere die kurzfristige bauliche Ertüchtigung und attraktive Gestaltung von Kaisertor und oberer Kaiserstraße als prägnantes „Tor zur Stadt“ – mit konkreten Projekten und Budgets unterstützen?

Ja, da es sich um einen der zentralen Ankunftspunkte für Besucher und Touristen handelt, ist eine Aufwertung wichtig. Schließlich handelt es sich somit beim Kaisertor um ein Aushängeschild unserer Stadt. Allerdings sollte Sauberkeit und Sicherheit dort immer Priorität haben, denn ohne diese nützt auch eine attraktive Gestaltung nicht.

11.: Baukultur & Außengastronomie

Sind Sie bereit, Maßnahmen zur optischen und qualitativen Verbesserung der Möblierung der Außengastronomie sowie denkmalschutzgerechte Regelungen für Außenwerbung an den Fassaden der Kaiserstraße mitzutragen, um die Einzigartigkeit des historischen Prachtboulevards zu unterstreichen und die Eingangssituation zur Stadt auch optisch zu verbessern?

Die Möblierung der Außengastronomie ist keine kommunale Aufgabe, sondern Aufgabe der Gastronomieunternehmen. Hier wird eine konkrete Unterstützung kaum möglich sein. Die denkmalschutzgerechte Regelung der Außenwerbung an Geschäften und Gastronomiebetrieben halten wir allerdings für sehr wichtig, um die beeindruckende historische Bausubstanz Frankfurts an dieser Stelle aufzuwerten.

12.: Stabsstelle beim Oberbürgermeister

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verantwortung für Sicherheit, Sauberkeit und soziale Steuerung im Bahnhofsviertel in einer Stabsstelle direkt beim Oberbürgermeister gebündelt wird („Chefsache“), unter Einbindung von Wirtschaft, Eigentümern und Zivilgesellschaft?

Wir werden uns in jedem Falle für eine Priorisierung des Themas Sicherheit und Sauberkeit im Bahnhofsviertel einsetzen. Ob eine an das Büro des Oberbürgermeisters angegliederte Stabsstelle hier eine gangbare Lösung sein kann, werden wir noch bewerten.

13.: Masterplan & Monitoring

Unterstützen Sie die Erarbeitung und Umsetzung eines verbindlichen „Masterplans Bahnhofsviertel“ mit klaren Zielen, messbaren Ergebnissen und einer laufenden Ergebniskontrolle durch einen kontinuierlichen, ergebnisorientierten Austausch zwischen Stadt, Land, IHK, Eigentümerinitiative, Sozialträgern und weiteren Akteuren?

Ja, in vollem Umfang.

FDP

Sicherheit

1. Erhöhte Präsenz der Sicherheitskräfte

Sind Sie bereit, sich für eine deutliche, sichtbare und dauerhafte Erhöhung der Präsenz von Landespolizei, Stadtpolizei und weiteren Sicherheitskräften im Bahnhofsviertel und am Hauptbahnhof einzusetzen, um Straftaten zu verhindern und das Sicherheitsgefühl spürbar zu stärken?

Antwort FDP:

Ja. Sicherheit ist die Grundlage für ein funktionierendes Viertel. Im Bahnhofsviertel brauchen wir dauerhaft mehr sichtbare Präsenz von Polizei und Stadtpolizei. Wer hier lebt, arbeitet oder investiert, muss sich darauf verlassen können, dass Recht und Ordnung konsequent durchgesetzt werden.

2. Polizeiwache/Sicherheitsstation im Viertel

Werden Sie die Einrichtung und Verstetigung einer zentral gelegenen Polizeiwache bzw. Sicherheitsstation im Bahnhofsviertel unterstützen, die als klar sichtbarer Ankerpunkt der Ordnungskräfte dient?

Antwort FDP:

Ja. Eine dauerhaft besetzte Sicherheitsstation im Bahnhofsviertel kann ein klarer Ankerpunkt für Polizei und Ordnungskräfte sein und die Reaktionsfähigkeit deutlich verbessern.

3. Ausbau Videoschutzanlagen

Setzen Sie sich für einen flächendeckenden Ausbau von Videoschutz Einrichtungen an allen neuralgischen Punkten im Bahnhofsviertel und am Bahnhof ein, einschließlich der dafür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen?

Antwort FDP:

An kriminalitätsbelasteten Orten unterstützen wir den Ausbau von Videoschutzanlagen, auch KI-gestützt. Datenschutz und rechtliche Vorgaben müssen dabei selbstverständlich eingehalten werden. Videoüberwachung kann das Sicherheitsgefühl erhöhen und die Arbeit der Polizei unterstützen, sie aber nicht ersetzen. Zudem kann sie zu Verlagerungseffekten führen. Deshalb muss Videoüberwachung Teil einer Gesamtstrategie sein, die Probleme tatsächlich löst und nicht nur räumlich verdrängt.

Sauberkeit

4. Reinigung und Müllabfuhr

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Reinigungs- und Müllabfuhrleistungen im öffentlichen Raum des Bahnhofsviertels in Häufigkeit und Qualität so verbessert werden, dass Verwahrlosung und Vermüllung sichtbar und dauerhaft reduziert werden?

Antwort FDP:

Ja. Im Bahnhofsviertel leben rund 4.000 Menschen, etwa 26.000 arbeiten im Quartier, und täglich kommen über eine halbe Million Reisende am Hauptbahnhof an. Für viele ist das Viertel der erste Eindruck von Frankfurt. Ein internationales Finanz- und Wirtschaftszentrum darf keinen verwahrlosten Eindruck hinterlassen. Wir werden Reinigung und Müllentsorgung deutlich ausweiten und der Verwahrlosung des öffentlichen Raums konsequent entgegenzutreten. Dazu gehört auch eine Taskforce aus Stadt, Polizei und Sozialträgern, die Zuständigkeiten bündelt und Maßnahmen täglich koordiniert. Auch der Hauptbahnhof selbst muss deutlich sauberer und sicherer werden. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn werden wir dafür sorgen, dass Frankfurts wichtigste Verkehrsdrehscheibe wieder ein würdiges Eingangstor zur Stadt ist.

5. Zusätzliche Sanitäranlagen

Unterstützen Sie die Bereitstellung und dauerhafte Finanzierung zusätzlicher Sanitäranlagen an markanten Punkten im Bahnhofsviertel, um sowohl die Situation für Hilfsbedürftige als auch die Sauberkeit im öffentlichen Raum zu verbessern?

Antwort FDP:

Ja. Mehr öffentliche Sanitäranlagen helfen, die Situation im öffentlichen Raum spürbar zu verbessern – für Anwohner, Besucher und auch für Menschen in schwierigen Lebenslagen.

Sozial & Drogenpolitik

6. Ausbau Streetwork & Sozialarbeit

Werden Sie sich für einen weiteren Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit und Streetwork-Strukturen im Bahnhofsviertel einsetzen, inklusive weiter verbesserter Verzahnung mit Gesundheitsdiensten und niedrigschwelligen Hilfsangeboten?

Antwort FDP:

Hilfe muss Menschen erreichen, bevor Situationen eskalieren. Deshalb unterstützen wir mehr aufsuchende Sozialarbeit und eine engere Zusammenarbeit von Streetwork, Gesundheitsdiensten und Suchthilfe. Ziel muss immer sein, Wege aus der Drogensucht zu finden. Dazu gehört auch, dass Suchthilfe dezentral aufgestellt ist.

7. Offenen Drogenkonsum eindämmen

Befürworten Sie ein konsequentes Vorgehen von Polizei und Ordnungsamt gegen offenen Drogenkonsum und Szenebildung auf Straßen und Plätzen im Bahnhofsviertel, und des gesamten Stadt - verbunden mit klaren und kontrollierten Leitlinien, wo welche Formen von Konsum und Hilfsangeboten zulässig sein sollen?

Antwort FDP:

Frankfurt soll nicht länger Hotspot für illegalen Drogenhandel und -konsum sein. Offener Drogenkonsum auf Straßen und Plätzen darf kein Dauerzustand sein. Hilfeangebote gehören in geeignete Einrichtungen – nicht in den öffentlichen Raum. Dort muss wieder Sicherheit und Ordnung gelten. Frankfurt darf außerdem nicht als Auffangbecken für drogenkonsumierende Menschen aus aller Welt fungieren. Eine Versorgung von Menschen, die nicht Bürger unserer Stadt sind, lehnen wir ab. Medizinische Versorgung ist damit – selbstverständlich – nicht gemeint.

8. Spezialisiertes Suchtzentrum

Unterstützen Sie grundsätzlich den Aufbau bzw. Betrieb eines spezialisierten Suchtzentrum für in Frankfurt gemeldete Suchtkranke, sofern Standort, Umfeldwirkungen und rechtliche Rahmenbedingungen sorgfältig geprüft und der Standort nach einem definierten Zeitraum evaluiert werden?

Antwort FDP:

Kurzfristig muss das Ziel sein, das **offene Drogengeschehen im öffentlichen Raum deutlich zu begrenzen und räumlich zu ordnen**. Dazu soll der illegale Konsum nicht mehr auf mehrere Straßen verteilt stattfinden, sondern auf einen klar definierten Abschnitt der Niddastraße im Bereich der Hausnummer 49 konzentriert werden. Flankierend sollen Maßnahmen wie Sichtbarrieren sowie eine eindeutige räumliche Markierung der entsprechenden Bereiche geprüft werden, um die Ausbreitung der Szene im öffentlichen Raum einzudämmen und für Anwohner, Gewerbe und Einsatzkräfte klare Strukturen zu schaffen. **Den bisherigen Ansatz des sogenannten Crackzentrums in der Niddastraße 76 werden wir in dieser Form beenden.**

Langfristig streben wir eine Weiterentwicklung der Frankfurter Drogenpolitik an. Unser Ansatz ist die Schaffung eines modular aufgebauten Suchtzentrumstandorts. Ein solcher Standort würde zum einen der komplexen Realität schwer suchtkranker Menschen gerecht werden und unterschiedliche Hilfsangebote bündeln. Zum anderen ermöglicht ein modularer Aufbau, Hilfs- und Ausstiegsangebote gezielt zu stärken und weiterzuentwickeln. Ziel ist es nicht lediglich, das Drogengeschehen aus dem öffentlichen Raum zu verlagern, sondern die Szene langfristig zu verkleinern und betroffenen Menschen realistische Perspektiven auf Stabilisierung und Ausstieg zu eröffnen.

9. Weiterentwicklung „Frankfurter Weg“

Werden Sie sich für eine konzeptionelle und pragmatische Weiterentwicklung des „Frankfurter Wegs“ einsetzen, mit dem Ziel, Sicherheit im Quartier und wirksame Hilfe einschließlich realistischer Ausstiegsszenarien für Suchtkranke besser auszubalancieren?

Antwort FDP:

Der Frankfurter Weg greift bei Crack und Fentanyl zu kurz. Stattdessen wollen wir uns am Züricher Weg orientieren, der einen dezentralen Ansatz mit klaren Anreizen und Repression verbindet. Alle Maßnahmen müssen das Ziel haben, die Zahl der Drogenabhängigen in Frankfurt zu verringern.

Stadtbild, Baukultur & Nutzung

10. Aufwertung Kaisertor & Kaiserstraße

Werden Sie die städtebauliche Aufwertung des Quartiers – insbesondere die kurzfristige bauliche Ertüchtigung und attraktive Gestaltung von Kaisertor und oberer Kaiserstraße als prägnantes „Tor zur Stadt“ – mit konkreten Projekten und Budgets unterstützen?

Antwort FDP:

Ja. Das Bahnhofsviertel ist das Tor zur Stadt. Kaisertor und Kaiserstraße sollen wieder ein repräsentativer Eingang zu Frankfurt werden – mit besserer Gestaltung, mehr Aufenthaltsqualität und gezielten Investitionen. Den Vorschlag eines begehbaren Pavillons mit Aussichtsplattform unterstützen wir ausdrücklich.

11. Baukultur & Außengastronomie

Sind Sie bereit, Maßnahmen zur optischen und qualitativen Verbesserung der Möblierung der Außengastronomie sowie denkmalschutzgerechte Regelungen für Außenwerbung an den Fassaden der Kaiserstraße mitzutragen, um die Einzigartigkeit des historischen Prachtboulevards zu unterstreichen und die Eingangssituation zur Stadt auch optisch zu verbessern?

Antwort FDP:

Ja. Der öffentliche Raum muss in der gesamten Stadt aufgewertet und sauberer werden, angefangen bei Konstabler- und Hauptwache. Die historische Kaiserstraße ist einer der schönsten Boulevards Frankfurts. Zur Aufwertung gehört ein Mix an Maßnahmen, die die Stadt gestalten kann: indirekte Beleuchtung, insgesamt mehr Sauberkeit und Pflege des öffentlichen Raums. Über Vorgaben und Regularien sollte im offenen Dialog mit ansässigen Betrieben und Institutionen sowie den Eigentümern gesprochen werden, bevor Schnellschüsse zu Einschnitten führen, die heute noch nicht abgewogen werden können. Wir stehen für weniger Regularien und Vorgaben. Hier kann aber sicher auch ohne zusätzliche Vorgaben ein Weg zur Aufwertung gefunden werden.

Steuerung & Governance

12. Stabsstelle beim Oberbürgermeister

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verantwortung für Sicherheit, Sauberkeit und soziale Steuerung im Bahnhofsviertel in einer Stabsstelle direkt beim Oberbürgermeister gebündelt wird („Chefsache“), unter Einbindung von Wirtschaft, Eigentümern und Zivilgesellschaft?

Antwort FDP:

Da viele Bereiche der Stadtverwaltung und städtische Unternehmen beteiligt sind, halten wir eine klare Bündelung der Zuständigkeiten für sinnvoll. Schulen, Betriebe, Anwohner und Gesundheitseinrichtungen brauchen eine zentrale Ansprechperson.

Entscheidend ist für uns jedoch ein gemeinsam erarbeiteter Maßnahmenkatalog mit klaren Zielen. Die Maßnahmen sollen regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Gleichzeitig müssen alle beteiligten städtischen Stellen vereinbarte Maßnahmen konsequent umsetzen – ohne zusätzliche Verzögerungen.

Einen solchen verbindlichen Maßnahmenplan wollen wir innerhalb der ersten sechs Monate vorlegen.

13. Masterplan & Monitoring

Unterstützen Sie die Erarbeitung und Umsetzung eines verbindlichen „Masterplans Bahnhofsviertel“ mit klaren Zielen, messbaren Ergebnissen und einer laufenden Ergebniskontrolle durch einen kontinuierlichen, ergebnisorientierten Austausch zwischen Stadt, Land, IHK, Eigentümerinitiative, Sozialträgern und weiteren Akteuren?

Antwort FDP:

Wie bereits in Frage 12 beantwortet: JA! Der vorgelegte Plan soll in enger Abstimmung mit den Institutionen und Akteuren im Bahnhofsviertel beraten und umgesetzt werden. Auch die Ergebniskontrolle erfolgt über diesen Kreis.

DIE LINKE

1. Erhöhte Präsenz der Sicherheitskräfte

Wir lehnen mehr Polizeipräsenz ab. Anstatt diese auszuweiten, muss aktiv daran gearbeitet werden, rechte Netzwerke zu zerschlagen und strukturellen Rassismus in den Polizeibehörden zu bekämpfen. Zur Bekämpfung von Racial Profiling soll ein digitales Quittungssystem bei Polizeikontrollen eingeführt werden. Darüber hinaus sind regelmäßige und verpflichtende Weiterbildungen zum Thema Antirassismus, Antisemitismus und Antifeminismus bei Polizei und Verwaltung erforderlich.

2. Polizeiwache/Sicherheitsstation im Viertel

Wir lehnen eine Polizeiwache im Bahnhofsviertel bzw. Sicherheitsstation ab.

3. Ausbau Videoschutzanlagen

Wir lehnen eine flächendeckende und biometrische Videoüberwachung, wie etwa die KI-gestützte Gesichtserkennung, ab, da sie einen schweren Eingriff in die Grundrechte darstellt. Grundrechte gelten auch digital. Überwachungskameras im öffentlichen Raum müssen stattdessen reduziert werden. Wir setzen vorrangig auf wirksame Prävention statt auf teure Symbolpolitik, die die Ursachenbekämpfung außer Acht lässt.

4. Reinigung und Müllabfuhr

Sauberkeit ist ein Bestandteil einer lebenswerten Stadt. Um einer weiteren Vermüllung des Viertels vorzubeugen, sind zusätzliche Reinigungsintervalle sinnvoll. Dabei ist es wichtig, dass die FES wieder vollständig in städtischer Hand geführt wird, ausreichend Mittel bereitgestellt werden und den Mitarbeitenden faire Löhne und Arbeitsbedingungen geboten werden. Sauberkeit darf jedoch nicht als Vorwand genommen werden, um Menschen in Not, die teilweise auf der Straße leben und keine Rückzugsräume haben, zu verdrängen und menschenunwürdig zu behandeln. Wer Sauberkeit fordert, muss auch eine Grundversorgung für alle bereitstellen.

5. Zusätzliche Sanitäranlagen

Öffentliche Toiletten sind ein fundamentaler Bestandteil der Daseinsvorsorge und müssen stadtweit deutlich ausgebaut werden – insbesondere im Bahnhofsviertel. Sie müssen kostenlos, gut zugänglich und barrierefrei sein. Zudem müssen sie endlich aufgestellt werden, da Frankfurt seit Jahren im Verzug ist und die Menschen oftmals keine kostenlosen Möglichkeiten haben, ihre Notdurft zu verrichten. Dies verschlimmert die hygienischen Zustände vor Ort. Wir fordern überdachte öffentliche Räume mit Zugang zu sanitären Anlagen, in denen sich Drogenabhängige ohne Verfolgungsdruck aufhalten können.

6. Ausbau Streetwork & Sozialarbeit

Soziale Arbeit sowie niedrigschwellige und aufsuchende Angebote sind zentrale Maßnahmen, die Leben retten und Menschen mit verschiedenen Bedarfen konkret unterstützen. Bestehende Einrichtungen der Drogenhilfe und der sozialen Arbeit müssen personell und finanziell besser ausgestattet werden. Nur durch professionelle Unterstützung können Drogen-Betroffene unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Wohnort geholfen und die Situation im Viertel verbessert werden. Wichtig, anzuerkennen, dass Sucht eine Krankheit ist und Betroffene umfassende Unterstützung benötigen. Wir setzen uns für eine

Erweiterung der Konsumräume mit 24-Stunden-Öffnung sowie für mehr sichere Konsum- und Aufenthaltsplätze, auch für Crack-Konsument*innen, ein.

8. Spezialisiertes Suchthilfezentrum

Die Linke hat das Suchthilfezentrum mit auf den Weg gebracht. Wir setzen uns nachdrücklich für den Frankfurter Weg des niedrigschwelligen Zugangs zu Hilfe für alle drogenabhängigen Menschen ein. Niemandem darf Hilfe verwehrt werden, weder aufgrund seiner Herkunft noch seines Wohnorts. Auswärtige suchtkranke Menschen abzuweisen, ist unsozial und mit den Grundrechten unvereinbar.

9. Weiterentwicklung Frankfurter Weg

Mit dem Frankfurter Weg hat Frankfurt eine Vorreiterrolle eingenommen. Diese Tradition gilt es fortzusetzen – gerade jetzt, wo sich die Herausforderungen verändert haben. Der Konsum von Crack hat deutlich zugenommen, wodurch sich die Not und die gesundheitliche Gefährdung vieler Betroffener erhöht haben. Das neue Suchthilfezentrum für Crack-Konsumierende, das verschiedene Hilfsangebote bündelt, ist ein wichtiger Baustein, um den „Frankfurter Weg“ in der Drogenpolitik weiterzuentwickeln.

10. Aufwertung Kaisertor & Kaiserstraße

Aufwertung darf nicht Verdrängung bedeuten. Wohnungslose und suchtkranke Menschen dürfen nicht als Standortnachteil degradiert werden, sondern müssen als Menschen mit Bedarfen wahrgenommen werden. Wir brauchen keine bloße Aufwertung und Stadtmarketing für wenige, sondern niedrigschwellige Beratung, medizinische Betreuung und sichere Konsumräume für alle. Wir sind der Meinung, dass auf der Kaiserstraße der Autoverkehr zurückgedrängt wird, mehr Raum für Fußgänger geschaffen wird und mehr Bäume gepflanzt werden.

11. Baukultur und Außengastronomie

Die Geschäftsbetreibenden sind selbst für die Möblierung der Außengastronomie verantwortlich. Anstatt „optischer und qualitativer Verbesserungen“ des Außenmobiliars, die eine falsche Prioritätensetzung darstellen, ist eine bessere Finanzierung sozialer Angebote nötig. Es ist ein unterstützenswertes Ziel, dass Außenwerbung denkmalschutzgerecht angebracht wird.

12. Stabsstelle beim Oberbürgermeister („Chiefsache“)

Eine Koordination ist sinnvoll, jedoch nicht durch eine dem Oberbürgermeister direkt unterstellte Stabsstelle. Voraussetzungen für eine soziale Politik im Bahnhofsviertel sind demokratische Strukturen, Transparenz sowie bedarfsorientierte Lösungsansätze, an denen soziale Träger und von Sucht und Wohnungslosigkeit Betroffene beteiligt sind. In der gesamten Debatte finden sie kaum oder keine Beachtung.

13. Masterplan und Monitoring

Ein „Masterplan Bahnhofsviertel“ ergibt nur Sinn, wenn er nicht als Maßnahmenpaket für Wirtschaftsförderung und Ausgrenzung von Personengruppen genutzt wird. Ziel aller Maßnahmen muss immer gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Beachtung verschiedener Bedarfe sein, besonders von Menschen, die wenig Ressourcen und keine Interessensvertretung haben.

BFF

zu 1.)

Ja, die Bürger Für Frankfurt BFF setzen sich für eine erhöhte Präsenz von Sicherheitskräften ein. Sie streben an, die Präsenz von Beamten der Landes- und Stadtpolizei kontinuierlich in allen Stadtteilen zu gewährleisten und sichtbar zu machen, insbesondere im Bahnhofsviertel.

zu 2.)

Für die Einrichtung einer mobilen Wache der Stadtpolizei am Karlsplatz an, die rund um die Uhr besetzt ist und möglichst durch Kräfte der Landespolizei unterstützt wird.

zu 3.)

Ja, die Bürger Für Frankfurt BFF befürworten den Einsatz von Videoüberwachung an gefahrgeneigten Orten, um die Sicherheit zu erhöhen. Wir bewerten die Videoüberwachung als ein Element der Sicherheitsarchitektur der Stadt, das insbesondere im Bahnhofsviertel sowie punktuell in der Innenstadt und in bestimmten Stadtteilen wie Alt-Sachsenhausen eingesetzt werden sollte. Dabei ist es uns wichtig, die Wirksamkeit der Videoüberwachung regelmäßig zu überprüfen, um sicherzustellen, dass sie effektiv zur Erhöhung der Sicherheit beiträgt.

zu 4.)

Ja, die Bürger Für Frankfurt BFF setzen sich dafür ein, die Sauberkeit im öffentlichen Raum, insbesondere in neuralgischen Bereichen wie dem Bahnhofsviertel, zu verbessern. Wir planen eine großangelegte Reinigungsinitiative unter dem Motto „Frankfurt glänzt“, um die Stadt zu einem dauerhaft saubereren Stadtbild zu führen. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit städtischen Entsorgungsbetrieben, professionellen Reinigungsfirmen und ehrenamtlich engagierten Bürgern. Ziel ist es, illegale Graffiti, Aufkleber, wilden Müll und andere Verschmutzungen zu entfernen und die im Anschluss daran die Sauberkeit durch gezielte Maßnahmen dauerhaft zu sichern.

zu 5.)

Die Bürger Für Frankfurt BFF setzen sich für die Umsetzung des bereits Anfang 2023 durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Toilettenkonzepts ein, das die Bereitstellung von barrierefreien öffentlichen Toiletten umfasst. Dies würde auch die Verbesserung der Sauberkeit und der Lebensqualität in der Stadt unterstützen, insbesondere in stark frequentierten Bereichen wie dem Bahnhofsviertel. Den Einsatz offener Urinale – wie das in der Moselstraße an der Ecke zum Karlsplatz – lehnen wir hingegen entschieden ab.

zu 6.)

Die Bürger Für Frankfurt BFF unterstützen das Konzept OSSIP und befürworten dessen weiteren Ausbau, auch im Hinblick auf die aufsuchende Sozialarbeit. Dabei sehen wir die Notwendigkeit, den Drogenabhängigen vermehrt Wege aus der Sucht zu ermöglichen und sie in eine Rehabilitation zu führen. Dazu müssen die suchtkranken Menschen aus ihrem Milieu herausgeholt und ihnen Wohnprojekte angeboten werden, die ihnen Halt und Sicherheit gewähren. Diese Projekte sollen von der Stadt verstärkt gefördert werden, um den Betroffenen eine Chance auf ein besseres Leben zu bieten und die Obdachlosigkeit unter suchtkranken Menschen zu verringern.

zu 7.)

Ja, die Bürger Für Frankfurt BFF befürworten ein konsequentes Vorgehen von Polizei und Ordnungsamt gegen offenen Drogenkonsum sowie die Bildung von Drogenszenen auf Straßen und Plätzen, insbesondere im Bahnhofsviertel. Wir setzen uns für verstärkte Polizeipräsenz und härtere Maßnahmen gegen Straßendealer sowie deren Hintermänner ein, um Sicherheit, Ordnung und Aufenthaltsqualität für Bewohner, Gewerbetreibende sowie Besucher und Reisende wiederherzustellen. Das Konzept der Konsumräume sehen wir kritisch und streben eine gründliche

Überprüfung dieses Konzept sowie die Notwendigkeit klarer und kontrollierter Leitlinien, um festzulegen, wo welche Formen von Konsum und Hilfsangeboten sinnvoll sind und wo nicht.

zu 8.)

Die Bürger Für Frankfurt BFF lehnen die Einrichtung des bereits geplanten Suchthilfezentrums für Crack-Abhängige in der Niddastraße 76 konsequent ab. Eine Verlagerung der Crack-Szene ins Gallus darf ebenso wenig erfolgen wie die Schaffung eines weiteren Anziehungspunkt für Drogenabhängige. Stattdessen schlagen wir vor, die Immobilie zu Wohnraum für Auszubildende umzunutzen, da in Frankfurt ein dringender Bedarf an solchem Wohnraum besteht und die Liegenschaft hervorragend an den ÖPNV angebunden ist. Ausstiegsorientierte Hilfsangebot für Crack-Abhängige müssen außerhalb des Milieus und damit außerhalb des Bahnhofsviertels geschaffen werden.

zu 9.)

Die Bürger Für Frankfurt BFF setzen sich für eine stärkere Ausstiegsorientierung in der Drogenhilfe ein. Das Biotop des Elends im Bahnhofsviertel muss durchbrochen werden, die Verstetigung der Sucht durch staatliche und städtische Maßnahmen muss daher ein Ende haben. Eine Modifikation des „Frankfurter Wegs“ in diese Richtung werden wir selbstverständlich unterstützen und mittragen.

zu 10.)

Die Bürger Für Frankfurt BFF setzen sich für die städtebauliche Aufwertung und Verbesserung der Lebensqualität in Frankfurt ein. Spezifische Projekte wie die bauliche Ertüchtigung und Gestaltung von Kaisertor und oberer Kaiserstraße stehen im Einklang mit unseren Zielen, die Attraktivität und Funktionalität der Stadt durch konkrete Projekte und Investitionen zu verbessern und werden von uns selbstverständlich unterstützt.

zu 11.)

Die Bürger Für Frankfurt BFF legen großen Wert auf die Verbesserung der städtischen Umgebung und die Erhaltung des historischen Charakters von Frankfurt. Das hat u. a. unsere Initiative zum Wiederaufbau der Neuen Altstadt gezeigt, die zu einem Erfolgsprojekt der jüngeren Frankfurter Geschichte geworden ist. Maßnahmen, welche die Einzigartigkeit und Attraktivität historischer Bereiche des Bahnhofsviertels unterstreichen und die Eingangssituation zu unserer Stadt unterstreichen verbessern, tragen wir selbstverständlich mit.

zu 12.)

Die Einrichtung einer Stabsstelle direkt beim Oberbürgermeister obliegt selbigem und kann von uns nicht entschieden oder gar initiiert werden. Eine solche Maßnahme stünde jedoch im Einklang mit den Zielen der Bürger Für Frankfurt BFF, die Verantwortung für die Themen Sicherheit, Sauberkeit und soziale Steuerung auf einer hohen Ebene dezernatsübergreifend zu bündeln und die Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Eigentümern und Zivilgesellschaft zu fördern, um effektive Lösungen zu entwickeln.

zu 13.)

Die Bürger Für Frankfurt BFF unterstützen die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren wie Stadt, Land, IHK, Eigentümern, Gewerbetreibenden, Initiativen und Sozialträgern, um effektive und nachhaltige Lösungen für das Bahnhofsentwicklung zu entwickeln und umzusetzen, sowie eine Evaluation der jeweiligen Maßnahmen. Für uns gilt allerdings zuvorderst: Das Bahnhofsviertel braucht endlich Taten statt weiterer Studien und Konzeptpapiere.

Fragen zur Wahl: Eigentümerinitiative Bahnhofsviertel

Sicherheit

1. Erhöhte Präsenz der Sicherheitskräfte

Sind Sie bereit, sich für eine deutliche, sichtbare und dauerhafte Erhöhung der Präsenz von Landespolizei, Stadtpolizei und weiteren Sicherheitskräften im Bahnhofsviertel und am Hauptbahnhof einzusetzen, um Straftaten zu verhindern und das Sicherheitsgefühl spürbar zu stärken?

Ja, die Präsenz der Bundespolizei erhöht das Sicherheitsgefühl und ermöglicht die Verhinderung und Aufklärung von Straftaten.

Die Sicherheitsmaßnahmen im Viertel wurden auch bereits deutlich ausgeweitet: Vier Videoschutzanlagen sind bereits in Betrieb, zwei weitere folgen zeitnah in Bahnhofsnähe. Auch im Hauptbahnhof wurden neue Kameras installiert.

*Seit Einführung der Waffenverbotszone, die nun rund um die Uhr gilt, ist das Mitführen bestimmter Waffen untersagt. Zwei Schutzleute vor Ort sind täglich zu Fuß unterwegs und stehen Bürger*innen, Schulen, Vereinen und dem lokalen Gewerbe als direkte Ansprechpartner zur Verfügung.*

Zudem hat die Landespolizei ihre Präsenz erheblich verstärkt. Regelmäßig patrouillieren Doppelstreifen von Stadt- und Landespolizei gemeinsam durch das Kaisertor und die Kaiserstraße. Mit verstärktem repressiven Vorgehen soll insbesondere der Drogenhandel zurückgedrängt werden.

2. Polizeiwache/Sicherheitsstation im Viertel

Werden Sie die Einrichtung und Verstetigung einer zentral gelegenen Polizeiwache bzw. Sicherheitsstation im Bahnhofsviertel unterstützen, die als klar sichtbarer Ankerpunkt der Ordnungskräfte dient?

Eine zentrale Polizeiwache im Bahnhofsviertel ergibt nur dann Sinn, wenn sie Teil eines integrierten Präventions-, Sicherheits- und Sozialkonzepts ist, sie allein schafft noch keine zusätzliche Sicherheit. Ein entsprechendes Vorhaben muss mit detaillierter Planung zu Ressourcenbedarf für Personal und Ausrüstung sowie zu Einsatzzielen einhergehen.

3. Ausbau Videoschutzanlagen

Setzen Sie sich für einen flächendeckenden Ausbau von Videoschutzeinrichtungen an allen neuralgischen Punkten im Bahnhofsviertel und am Bahnhof ein, einschließlich der dafür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen?

Die aktuelle Koalition hat die schon in vorherigen Wahlperioden beschlossene Videoüberwachung im Bahnhofsviertel endlich umgesetzt. Diese tragen einen Teil zur Aufklärung von Straftaten bei, verhindern diese aber kaum, bzw. verlagern diese häufig nur. Daher wird die Videoüberwachung laufend evaluiert und entsprechend aus- bzw. rückgebaut.

Öffentliche Videoüberwachung ist immer mit einem sensiblen Eingriff in Persönlichkeitsrechte verbunden. Dort, wo sie eingesetzt wird, muss dies immer sehr gut begründet sein. Die KI-unterstützte Videoüberwachung geht nochmal einen Schritt weiter. Laut Bitkom-Studie aus 2023 sind 75 % der Deutschen gegen eine biometrische Videoüberwachung. Denn KI-unterstützte Videoüberwachung ist nicht ohne Risiken: Der breite Eingriff in die Privatsphäre durch Überwachung darf nicht dafür sorgen, dass man sich nicht mehr in die Öffentlichkeit traut. Zudem besteht das Risiko unzulässiger Nutzungen des Systems. Die hessische Landespolizei war bereits in der Vergangenheit Opfer unzulässiger Zugriffe auf polizeiliche Informationssysteme, wie im Fall des NSU 2.0.

Aufgrund der jüngsten geopolitischen Entwicklungen ist der Einsatz von nicht europäischer Sicherheitssoftware, insbesondere Palantir, noch kritischer zu bewerten und darf keine neuen Angriffsvektoren auf Frankfurt, Deutschland und die EU eröffnen.

Sauberkeit

4. Reinigung und Müllabfuhr

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Reinigungs- und Müllabfuhrleistungen im öffentlichen Raum des Bahnhofsviertels in Häufigkeit und Qualität so verbessert werden, dass Verwahrlosung und Vermüllung sichtbar und dauerhaft reduziert werden?

*Die Stadt hat die Reinigungsintervalle im Bahnhofsviertel spürbar erhöht. Einzelne Einsätze werden durch die Stadtpolizei begleitet. In enger Abstimmung mit Immobilieneigentümer*innen wurden praktikable Konzepte für ein geordnetes Bereitstellen von Mülltonnen entwickelt. Zusätzlich entstanden ausgewiesene Abstellflächen für E-Roller sowie neue öffentliche WC-Anlagen. Diese Maßnahmen müssen fortlaufend evaluiert und bei Bedarf angepasst werden. Außerdem suchen wir den Dialog mit Bürgerinitiativen: Gutgemeinte Hilfe, z.B. Nahrungsmittel- oder Kleiderspenden, werden häufig gleichzeitig angeliefert und landen schließlich als Müll*

auf der Straße. Hier wollen wir eine bessere Koordination ermöglichen, z.B. durch eine städtische App, in der man Hilfslieferungen ankündigen und eintragen kann.

5. Zusätzliche Sanitäranlagen

Unterstützen Sie die Bereitstellung und dauerhafte Finanzierung zusätzlicher Sanitäranlagen an markanten Punkten im Bahnhofsviertel, um sowohl die Situation für Hilfsbedürftige als auch die Sauberkeit im öffentlichen Raum zu verbessern?

Die Hilfsbedürftigen im Bahnhofsviertel müssen jederzeit die Möglichkeit haben, würdevoll ihre Notdurft zu verrichten. Die Bereitstellung von Sanitäranlagen hierfür ist Aufgabe der Stadt. Außerdem ergeben sich hierdurch auch Vorteile für die Sauberkeit im öffentlichen Raum. Missbräuchliche Nutzungen von Sanitäranlagen müssen gleichzeitig verhindert werden.

*Weiterhin muss das 2023 beschlossene Toilettenkonzept beschleunigt umgesetzt werden und für das Konzept der "netten Toilette" mehr Vertragspartner*innen aus Gastronomie und Einzelhandel sowie in öffentlichen Behörden gefunden werden. Ergänzend schlägt Volt die Einrichtung von selbstreinigenden 24/7-Hotspot-Toiletten vor, außerdem wollen wir den Bestand von Trinkwasser- und Erfrischungsbrunnen ausbauen.*

Sozial & Drogenpolitik

6. Ausbau Streetwork & Sozialarbeit

Werden Sie sich für einen weiteren Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit und Streetwork-Strukturen im Bahnhofsviertel einsetzen, inklusive weiter verbesserter Verzahnung mit Gesundheitsdiensten und niedrighschwelligen Hilfsangeboten?

Ja, Volt setzt sich für eine ausreichende Versorgung mit aufsuchender Sozialarbeit ein und erkennt hierbei insbesondere an, dass die Träger und Mitarbeitenden hierbei auf eine angemessene Finanzierung angewiesen sind.

7. Offenen Drogenkonsum eindämmen

Befürworten Sie ein konsequentes Vorgehen von Polizei und Ordnungsamt gegen offenen Drogenkonsum und Szenebildung auf Straßen und Plätzen im Bahnhofsviertel, und des gesamten Stadt - verbunden mit klaren und kontrollierten Leitlinien, wo welche Formen von Konsum und Hilfsangeboten zulässig sein sollen?

Der Frankfurter Weg hat national und auch international Maßstäbe gesetzt. Mit Drogenkonsumräumen ist es in weiten Teilen gelungen, intravenösen Drogenkonsum

von der Straße in spezielle, medizinisch begleitete Räume zu verlegen. Wir möchten an diesem Konzept festhalten, müssen es jedoch weiterentwickeln, denn neue Konsummuster stellen unsere Stadt vor große Herausforderungen.

Bei Crack ist der Suchtdruck beispielsweise so groß und der Konsum so einfach, dass die Abhängigen es sofort dort konsumieren, wo sie es kaufen - auf der Straße. Hier können wir von zwei unserer europäischen Nachbarstädte, Zürich und Basel, lernen. Diese stellen in ihren Konsumräumen Crack-Rauchplätze zur Verfügung und erlauben dort den Mikrohandel - gleichzeitig unterbinden sie den Straßenkonsum konsequent durch Polizeikräfte. Die Abhängigen konsumieren deshalb ihre Drogen nicht mehr so häufig auf der Straße, sondern in den Konsumräumen. Das bedeutet mehr Sicherheit für die Abhängigen und weniger Konflikte im Viertel für die umliegende Bevölkerung. Hierfür ist allerdings eine Veränderung der Gesetzeslage auf Landes- bzw. Bundesebene nötig. Um dem offenen Konsum trotzdem entgegenzuwirken, möchten wir einerseits attraktive Alternativangebote schaffen und andererseits den Sicherheitskräften ausreichend Handhabe geben, die Konsumenten entsprechend auch in diese zu schicken.

8. Spezialisiertes Suchthilfezentrum

Unterstützen Sie grundsätzlich den Aufbau bzw. Betrieb eines spezialisierten Suchthilfezentrums für in Frankfurt gemeldete Suchtkranke, sofern Standort, Umfeldwirkungen und rechtliche Rahmenbedingungen sorgfältig geprüft und der Standort nach einem definierten Zeitraum evaluiert werden?

Volt unterstützt grundsätzlich die Einrichtung eines spezialisierten Suchthilfezentrums. Während die finanzielle Förderung des Bahnhofsviertels durch die hessische Landesregierung begrüßt wird, lehnen wir die Verdrängungsmaßnahmen in ihrem 7-Punkte-Plan ab. Wir sehen, dass sich die Situation im Bahnhofsviertel in der letzten Zeit wieder deutlich verbessert hat und die bereits getroffenen Maßnahmen, die insbesondere von den lokalen Akteuren erarbeitet wurden, wirken.

Klar ist für uns aber: Eine Beschränkung auf in Frankfurt gemeldete Personen ist praktisch und rechtlich kaum umsetzbar. Die Heimatadresse wird häufig nur bei der Erstanmeldung im Konsumraum erfasst. Eine vermeintlich „auswärtige“ Person kann also seit Jahren in Frankfurt auf der Straße leben. Zudem dürfen Hilfseinrichtungen Hilfsbedürftige rechtlich nicht einfach abweisen – unabhängig vom Wohnort.

Vor allem aber löst eine Zutrittsbeschränkung das Problem nicht. Wer keinen Zugang zu Hilfseinrichtungen erhält, fährt nicht einfach zurück in die Herkunftskommune, sondern konsumiert weiterhin – nur eben auf der Straße. Das würde die Lage im öffentlichen Raum verschärfen statt entspannen.

Der oft zitierte Verweis auf die Schweiz greift zu kurz. Dort funktioniert eine stärkere Steuerung und ein finanzieller Ausgleich zwischen den Kommunen nur, weil ein

Bundesgesetz alle Kommunen verpflichtet, eigene Hilfsangebote für suchtkranke Einwohnerinnen und Einwohner vorzuhalten. Hilfe ist also flächendeckend verfügbar – das ist in Deutschland und Hessen nicht der Fall. Deshalb setzen wir uns für verbindliche Vereinbarungen mit Nachbarkommunen und dem Land Hessen ein, damit andere Herkunftsgemeinden mehr Verantwortung übernehmen.

Das Suchthilfzentrum soll als „Andockstation“ im Bahnhofsviertel dienen – als niedrigschwelliger Ort für Kontakt, Stabilisierung und Vertrauensaufbau. Nach einer ersten Stabilisierung sollen Betroffene schrittweise in peripher gelegene Einrichtungen, wie z.B. das Eastside, weitervermittelt werden. Von dort kann der Weg über betreutes Wohnen zurück in gesundheitliche Stabilität und gesellschaftliche Teilhabe führen. So entlasten wir das Bahnhofsviertel nachhaltig, ohne Hilfe zu verwehren.

9. Weiterentwicklung „Frankfurter Weg“

Werden Sie sich für eine konzeptionelle und pragmatische Weiterentwicklung des „Frankfurter Wegs“ einsetzen, mit dem Ziel, Sicherheit im Quartier und wirksame Hilfe einschließlich realistischer Ausstiegsszenarien für Suchtkranke besser auszubalancieren?

Der Frankfurter Weg ist auch ein Erfolgsmodell, welches sich laufend weiterentwickelt. Die größten Hebel liegen aktuell in der Hand der Gesetzgeber. Volt setzt sich dafür ein, dass die Stadt Frankfurt alles dafür tut, dass sich der Frankfurter Weg auch an die neuen Entwicklungen anpassen kann. Sicherheit im Quartier, wirksame Hilfe und ausstiegsorientierte Hilfsmaßnahmen waren seit jeher Teil des Frankfurter Wegs.

Zürich zeigt, wie durch konsequente, koordinierte Maßnahmen, der offene Drogenhandel und -konsum nachhaltig eingedämmt werden kann. Nach Jahrzehnten massiver Drogenprobleme entwickelte die Stadt in den 90ern das Vier-Säulen-Modell aus Prävention, Therapie, Schadensminderung und Regulierung. Im Mittelpunkt steht eine klare Null-Toleranz-Strategie gegenüber öffentlichem Drogenhandel, kombiniert mit gezielter sozialer und medizinischer Unterstützung. In den Konsumräumen wird der Mikrohandel in einem kontrollierten Umfeld toleriert. So verlagert sich der Handel aus dem öffentlichen Raum in sichere, betreute Strukturen. Für eine erfolgreiche Umsetzung in Frankfurt sind jedoch, wie in der Frage zuvor dargelegt, rechtliche Strukturen auf Landes- und Bundesebene zu schaffen.

Stadtbild, Baukultur & Nutzung

10. Aufwertung Kaisertor & Kaiserstraße

Werden Sie die städtebauliche Aufwertung des Quartiers – insbesondere die kurzfristige bauliche Ertüchtigung und attraktive Gestaltung von Kaisertor und oberer Kaiserstraße als prägnantes „Tor zur Stadt“ – mit konkreten Projekten und Budgets unterstützen?

Volt setzt sich dafür ein, dass eine kulturelle Verbindung zwischen dem Bahnhofsviertel und der zukünftigen Kulturmeile geschaffen wird. Während die Kulturmeile mit den städtischen Bühnen eher die Hochkultur bedient, kann beispielsweise die Kaiserstraße zum Zentrum für Kleinkunst, Clubkultur, Gastronomie und Unternehmertum entwickelt werden. Entsprechende Maßnahmen wie räumliche Umgestaltungen, Förderung von Zwischennutzungen, oder Unterstützung von Kulturevents sollen umgesetzt werden.

Wir wollen darüber hinaus ein quartiersbezogenes Verkehrskonzept entwickeln. Es sollen drei Hauptachsen mit klaren Funktionen entstehen. Die Münchner Straße wird dem ÖPNV und die Taunusstraße dem Radverkehr gewidmet. Die Kaiserstraße hat den Fußverkehr im Fokus; sie wird zum durchgehend autofreien Boulevard bis zur Hauptwache weiterentwickelt.

11. Baukultur & Außengastronomie

Sind Sie bereit, Maßnahmen zur optischen und qualitativen Verbesserung der Möblierung der Außengastronomie sowie denkmalschutzgerechte Regelungen für Außenwerbung an den Fassaden der Kaiserstraße mitzutragen, um die Einzigartigkeit des historischen Prachtboulevards zu unterstreichen und die Eingangssituation zur Stadt auch optisch zu verbessern?

Maßnahmen zur Verbesserung der optischen Gestaltung des Bahnhofsviertel können durch Auflagen oder spezielle Förderungen unterstützt werden.

Steuerung & Governance

12. Stabsstelle beim Oberbürgermeister

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verantwortung für Sicherheit, Sauberkeit und soziale Steuerung im Bahnhofsviertel in einer Stabsstelle direkt beim Oberbürgermeister gebündelt wird („Chefsache“), unter Einbindung von Wirtschaft, Eigentümern und Zivilgesellschaft?

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die strukturellen Probleme im Bahnhofsviertel gezielt und unter Einbeziehung aller Interessengruppen angegangen und nachhaltig gelöst werden. Das Koordinierungsbüro übernimmt schon die meisten Aufgaben,

welche eine zusätzliche Stabsstelle übernehmen könnte. Auch der Oberbürgermeister hat das Bahnhofsviertel für sich schon zur Chefsache erklärt, dieser hat allerdings fachlich keine weitreichenden Befugnisse, welche eine Stabsstelle ausreichend Handlungsspielraum gewähren würde. Eine reine Symbolpolitik lehnen wir ab.

13. Masterplan & Monitoring

Unterstützen Sie die Erarbeitung und Umsetzung eines verbindlichen „Masterplans Bahnhofsviertel“ mit klaren Zielen, messbaren Ergebnissen und einer laufenden Ergebniskontrolle durch einen kontinuierlichen, ergebnisorientierten Austausch zwischen Stadt, Land, IHK, Eigentümerinitiative, Sozialträgern und weiteren Akteuren?

Wir sehen, dass sich die Situation im Bahnhofsviertel in der letzten Zeit wieder deutlich verbessert hat und die bereits getroffenen Maßnahmen, die insbesondere von den lokalen Akteuren erarbeitet wurden, wirken. Volt fördert und verstetigt Beteiligungsformate vor Ort, um das Bahnhofsviertel zu verbessern. Die betroffenen Stakeholder wissen selbst am besten, welche Maßnahmen benötigt werden. Die Stadt fördert dies durch Beteiligung der relevanten Dezernate und den langfristigen Erhalt des Koordinierungsbüros.

Mit der Strategie Bahnhofsviertel 2040 wurden bereits umfangreiche Maßnahmen identifiziert. Ein akzeptierter und verbindlicher Masterplan Bahnhofsviertel muss auf dieser Strategie basieren.

Die komplexe Problemlage im Bahnhofsviertel mit vielen Beteiligten und unterschiedlichsten Interessen braucht einen verbindlichen Rahmen, um Zielkonflikte und Parallelstrukturen zu vermeiden. Ein Masterplan mit messbaren Indikatoren schafft Transparenz und ermöglicht eine faktenbasierte Steuerung. Entscheidend für den langfristigen Erfolg sind die kontinuierliche Ergebniskontrolle und die regelmäßige Veröffentlichung der Ergebnisse.